

17/1
Rheinl.-Pfalz
CDU

1971

**Politik
auf
klaren
Wegen**

CDU

Fi
32

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die CDU Rheinland-Pfalz legt Ihnen ein Programm vor, das auf dieses Land zugeschnitten ist. Es ist ein umfassendes Konzept, weil es alle Lebensbereiche und alle Teile unseres Landes berücksichtigt. Das bringt jeden ein gutes Stück weiter.

Wir bauen auf dem auf, was in unserem Land erreicht wurde. Und das ist viel. Auch wenn andere vielleicht daran interessiert sind, diese Leistung zu verkleinern.

Unser Ziel ist klar:

Wir wollen, daß jeder mehr aus seinem Leben machen kann.

Die Erwartungen, die jeder an das Leben stellt, ändern sich. Deshalb werden wir für Veränderungen offenbleiben und unser Konzept ständig überprüfen. Das setzt Politiker voraus, die wissen, worauf man aufbauen kann und wo neue Ideen nötig sind.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat diese Politiker.



Dr. Helmut Kohl
Landesvorsitzender
der CDU Rheinland-Pfalz

1971

Politik auf klaren Wegen

Das prägt die politische Arbeit der CDU Rheinland-Pfalz:

Der Wille zum Fortschritt

Die Orientierung an den eigentlichen politischen Aufgaben dieses Landes und den Wertvorstellungen seiner Menschen

Die Bereitschaft, alle politischen Alternativen zu prüfen

Die Fähigkeit zur verantwortlichen Entscheidung

Ziel unserer Arbeit ist es, die gesellschaftliche Wirklichkeit stets aufs neue mit den sich wandelnden Erwartungen der Bevölkerung in Einklang zu bringen und dabei der notwendigen politischen Kontinuität gerecht zu werden. Dabei richtet sich die CDU Rheinland-Pfalz in ihrer Arbeit nach folgenden Maßstäben:

Der Vorrang politischer Aufgaben ergibt sich daraus, welche Bedeutung diese Aufgaben für den Fortschritt aller haben. Und er ergibt sich nicht aus den Interessen einzelner Gruppen.

Fortschritt für alle, d. h. mehr Freiheit für eigene Entscheidungen und bessere Bedingungen für eine anspruchsvollere eigene Lebensgestaltung.

Jede politische Entscheidung muß nach ihren tatsächlichen Wirkungen auf den Entscheidungsspielraum des einzelnen und den seiner Familie beurteilt werden.

Das ist der Weg, sowohl übermäßige staatliche Eingriffe als auch unsozialen privaten Eigennutz zu vermeiden. Rheinland-Pfalz, ein „junges Land mit Zukunft“, hat seine Position in den letzten Jahren entscheidend verbessert – im Sinne des Fortschritts für alle.

Das Land wird mehr und mehr frei von den Belastungen, die seine Ausgangslage kennzeichneten.

Die Kluft zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung wurde verringert. Rheinland-Pfalz schickt sich an, seinen eigenen Weg in die Zukunft zu finden.

Wir haben uns vier politische Ziele gesetzt:

1. Jeder soll mehr aus seinem Leben machen können.
2. Die Lage einzelner Gruppen ist neu zu ordnen.
3. Die allgemeine Wirtschaftskraft des Landes muß weiter gestärkt werden.
4. Wir werden an der europäischen Einigung mitarbeiten.

Diese Ziele sind erreichbar.

In Rheinland-Pfalz werden wir die notwendigen finanzpolitischen Schwerpunkte setzen, um das hier vorgelegte Konzept Schritt für Schritt zu verwirklichen. Entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg unseres Bemühens sind aber eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und ein höherer Anteil des Landes und der Gemeinden an den öffentlichen Einnahmen.

Unser wichtigstes politisches Ziel heißt:

Jeder soll mehr aus seinem Leben machen können

Die Chancen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sind für alle entscheidend gewachsen. Jeder einzelne ist aber gleichzeitig immer mehr auf das Angebot an öffentlichen Gütern angewiesen, wie z. B. Wohnungen, einen guten Arbeitsplatz, gute Schulen, moderne Krankenhäuser, Freizeitanlagen usw., d. h. auf Einrichtungen, die alle brauchen, keiner aber sich selbst schaffen kann. Deshalb wird die CDU diese öffentlichen Güter anbieten und damit beitragen, den persönlichen Freiheitsraum zu erweitern. Deshalb wird die CDU Rheinland-Pfalz dafür sorgen, daß jedem in Stadt und Land im unmittelbaren Lebensraum seiner Gemeinde diese Einrichtungen zur Verfügung stehen. Das Leitbild einer modernen Gemeinde hat die CDU in ihrem kommunalpolitischen Aktionsprogramm entworfen.

Bessere Wohnverhältnisse in Stadt und Land

Damit jeder eine Wohnung findet, brauchen wir in Rheinland-Pfalz:

mehr neue Wohnungen,
besser ausgestattete Wohnungen,
tragbare Mieten,
Wohnlagen mit günstigeren Umweltbedingungen.

Deshalb wird die CDU Rheinland-Pfalz den sozialen Wohnungsbau verstärken:

für kinderreiche Familien,
alte Menschen,
ausländische Arbeitnehmer und
für Menschen in sozialer Not.

Die CDU wird darüber hinaus

den privaten Wohnungsbau für breite Schichten der Bevölkerung weiter fördern;

das Miet- und Wohnrecht der neuen sozialen Bedeutung des Wohnens anpassen;

Demonstrativprogramme für modernes Bauen und Wohnen verwirklichen.

Bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten

In den nächsten Jahren wird das Angebot an sicheren Arbeitsplätzen überall im Land so ausgeweitet, daß Aufstieg und soziales Fortkommen erleichtert werden.

Dazu ist erforderlich:

neue Betriebe anzusiedeln und bestehende zu erweitern. Allein von 1967 bis 1970 wurden vor allem durch die Aktionsprogramme Eifel-Hunsrück, Saar-Westpfalz, Mittelrhein-Lahn-Sieg 39 300 Arbeitsplätze geschaffen. Darüber hinaus aber werden diese Programme den Jugendlichen, den aus der Landwirtschaft Ausscheidenden und allen von wirtschaftlichen Strukturveränderungen Betroffenen in diesen Gebieten bis Mitte der siebziger Jahre gute und sichere Arbeitsplätze bieten.

Nach allgemeiner Erfahrung werden dann neben den von Land und Bund geförderten Arbeitsplätzen auch gleich viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich neu entstehen.

Gleichzeitig mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze muß die Möglichkeit gegeben werden für höhere berufliche Qualifikation durch Ausbildung, Weiterbildung oder Umschulung in regionalen Zentren.

In den übrigen Teilen des Landes, insbesondere im Rheingraben, ist durch einen weiteren Ausbau der Infrastruktur die Basis dafür zu schaffen, daß die hervorragenden Standortqualitäten auch in Zukunft optimal genutzt werden. Wirt-

schaftlich einseitig strukturierte Gebiete müssen durch Ansiedlung neuer Industriezweige krisenfester werden.

Für die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, ist durch Rationalisierungs-, Kooperations- und Aufstockungshilfen die Zukunft zu sichern. Die CDU will dies erreichen durch:

Förderung überbetrieblicher wirtschaftsnaher Forschung,

das Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten für Fach- und Führungskräfte,

verstärkte betriebswirtschaftliche und technische Beratung,

Förderung der zwischenbetrieblichen Kooperation.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird den Fremdenverkehr im Rahmen der Gesamtwirtschaft des Landes in verstärktem Maße fördern. Das Fremdenverkehrsgewerbe stellt einen ausgesprochen mittelständischen Wirtschaftszweig dar. Er bietet in allen Regionen des Landes eine ergänzende Einkommens-chance, in bestimmten Orten sogar die entscheidende künftige wirtschaftliche Basis.

Für die Bevölkerung in den ländlichen Räumen müssen die gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden wie für die Bewohner der Verdichtungsgebiete. Besonders den in der Landwirtschaft und im Weinbau verbleibenden Menschen soll nach den Vorstellungen der CDU Rheinland-Pfalz durch Struktur- und Marktpolitik in Verbindung mit aktiver Preispolitik ein vergleichbares Einkommen ermöglicht werden.

Anspruchsvolleres Bildungsangebot

Bildung bestimmt die Persönlichkeit, die soziale Stellung und den Lebensweg des einzelnen Menschen; sie ermöglicht ihm seine Entwicklung und Leistungsfähigkeit in der Gesellschaft; sie bestimmt die kulturelle und wirtschaftliche Struktur und Qualität unserer Gesellschaft. Bildungspolitik ist deshalb ein Kernstück zukunftsorientierter Politik.

Im Bildungsgang soll niemand durch Herkunft und soziale Stellung der Eltern, durch Wohnort und soziale Struktur, durch materielle Nachteile behindert werden.

Deshalb muß das Bildungswesen jedem die gleiche Chance geben, seine Anlagen, Neigungen und Fähigkeiten zu entwickeln und zu nutzen.

Wir wollen dafür sorgen, daß in Rheinland-Pfalz sechs Prinzipien den weiteren Ausbau des Bildungswesens bestimmen:

Chancengleichheit

Orientierung an der Entwicklungsfähigkeit des Kindes

Differenzierung der Ausbildungsgänge

Durchlässigkeit im Bildungssystem

Vollwertigkeit und Gleichrangigkeit der Abschlüsse

Pädagogische Leistungsforderung

Wir haben drei wichtige Ziele in der Vergangenheit angestrebt, die wir deshalb auch in der Zukunft verwirklichen wollen:

Moderne Bildungseinrichtungen müssen überall im Lande in zumutbarer Entfernung für den einzelnen erreichbar sein.

Die Neubestimmung der Bildungsinhalte und Bildungsziele hat Vorrang, auch wenn sie sich nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt.

Aufbau und Gliederung unseres Bildungssystems sollen reformiert werden, nicht um alles anders, aber um manches besser zu machen, orientiert an der Notwendigkeit, die individuelle Leistungsfähigkeit des Schülers zu entwickeln und zu fördern;

die pädagogische Leistungsorientierung des Bildungssystems zu verstärken;

die horizontale und vertikale Durchlässigkeit im Bildungssystem gleichermaßen und zügig zu verwirklichen.

Dazu sollen die Bildungswege Verteilerkreise kennen, die die Möglichkeit geben, Bildungsgänge zu wechseln.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich in der Bildungspolitik auf folgende Aufgaben konzentrieren:

Reform der beruflichen Bildung

Diese Reform muß berücksichtigen, daß die berufliche Bildung für das persönliche Fortkommen des einzelnen die größte Bedeutung hat.

Sie muß den einzelnen befähigen, sich in der Welt der Arbeit zu orientieren und zu bestehen.

Sie muß jedem die Chance bieten, beruflich und persönlich seinen Freiheitsraum zu erhalten und seine Lebensziele zu verwirklichen.

Neubestimmung der Bildungsziele und Bildungsinhalte

Überprüfung dessen, was gelernt werden soll und wie es zu geschehen hat. Die Vielfalt und Vielzahl der Lehrstoffe muß gestrafft und koordiniert werden, die innere Entwicklung der Lehrmethodik vorangetrieben werden. Dabei müssen die besonderen Bedingungen des Kindes- und Jugendalters respektiert werden. Es müssen eigene Entscheidungsmöglichkeiten entsprechend der jeweiligen Entwicklungsstufe der Jugendlichen geschaffen werden.

Abbau des Lehrermangels

Die Beseitigung des Lehrermangels an den Schulen genießt wichtigen Vorrang. Schulreform ohne ausreichende Lehrer ist Utopie. Aber: Jede Reform, die den Lehrermangel radikal erhöht, ist unrealistisch.

Mehr Studienplätze sind erforderlich, um mehr Lehrer ausbilden zu können. Die Zahl der Lehrer muß steigen, um den Stundenausfall zu beseitigen und die Klassen kleiner halten zu können.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen vier Jahren Reformen begonnen, die sie konsequent zu Ende führen wird.

Die vorschulische Erziehung muß im Laufe der nächsten Jahre in Versuchen so erprobt und entwickelt werden, daß sie allgemein angeboten werden kann. Dann müssen Einrichtungen für die vorschulische Erziehung überall im Land entstehen: Fernziel sind vorschulische Erziehungseinrichtungen für alle Fünfjährigen.

Die Primarstufe (Grundschule) soll in Jahrgangsklassen gegliedert sein, wo es die Siedlungsstruktur erlaubt. Auch ihr Unterricht bedarf stärkerer fachlicher Profilierung.

Die Sonderschulen müssen weiter ausgebaut werden; aufgrund des Ausbauplans für Rheinland-Pfalz müssen mehr Lehrer ausgebildet und eine bessere Gliederung und Ausstattung erreicht werden, damit die behinderten Schüler die beste individuelle Förderung genießen.

Der Ausbau der Hauptschule muß bis 1975 abgeschlossen sein; 186 Schulen sind errichtet, rund 300 sollen im Land entstehen. Der Einsatz von mehr Lehrern soll den Kern- und Kursunterricht überall ermöglichen.

Die Zahl der Realschulen wird weiter ansteigen. Ihre Lehrpläne und Stundentafeln müssen auf das spezifische Angebot dieses Schultyps und seines besonderen Abschlusses hin überprüft werden.

Die Zahl der Gymnasien ist dem vorhandenen Bedarf entsprechend zu erweitern. Der Schwerpunkt der Arbeit am Gymnasium liegt auf der inneren Arbeit, auf der Reform der Oberstufe, auf der Korrektur der Situation der Mittelstufe, auf der Entwicklung neuer Lehrpläne, Stundentafeln und der Realisierung neuer Lehrmethoden.

Die Durchlässigkeit aller weiterführenden Schulen muß ausgebaut werden (z. B. durch Orientierungsstufe und profiliertes Abitur I). Die Zusammenfassung der weiterführenden Schulen zu Schulzentren soll weiter vorangetrieben werden, um die Übergänge zwischen den Schulgattungen zu erleichtern und die Festlegung der Schulorganisation durch Bauplanungen zu verhindern.

Wissenschaftlich kontrollierte Schulversuche mit verschiedenen Modellen, auch mit der integrierten Gesamtschule, sollen die weitere Entwicklung sichern. Sie müssen auch fortgesetzt werden, um die Reformansätze im gegenwärtigen Bildungssystem zu kontrollieren und weiter zu entwickeln. Die Ergebnisse der Schulversuche sollen eingehen in die innere Reform der Schulen und in die Beurteilung der künftigen Entwicklung, damit ein zukunftsgerechtes Schulsystem gesichert bleibt. Versuchsergebnisse dürfen nicht vorweggenommen werden, und die wissenschaftlichen Begleitkommissionen, die in Rheinland-Pfalz überall vorhanden sind, müssen eine ausreichende Basis für ihre Aussagen haben.

Die berufsbildenden Schulen verlangen eine nachdrückliche Förderung; besondere Maßnahmen sind erforderlich zur Behebung des Lehrermangels und zur Verbesserung der Situation der Schule einschließlich einer Koordination und Kooperation mit dem übrigen Bereich der weiterführenden Schulen. Vor allem aber muß die Abstimmung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung, muß das Zusammenwirken von Betrieb und Schule in den Prüfungen erheblich verbessert werden.

Bis 1975 sind die Studienplätze an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes von heute 15 000 auf rund 30 000 zu verdoppeln.

Der Aufbau der Universität Trier-Kaiserslautern muß vorrangig diesem Ziel dienen, um bis 1975 ausreichende Studienplätze, insbesondere für Studenten der Lehrfächer und für die vom Numerus clausus bedrohten Fächer, zu haben.

Personell und in der sachlichen Ausstattung müssen auch die Universität Mainz, die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz und die Fachhochschule Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren verstärkt ausgebaut werden.

Die Reform der Universität muß auf der Basis des neuen Hochschulgesetzes in die Praxis umgesetzt werden. Ihre Arbeitsfähigkeit als Stätten freier Forschung und Lehre muß gesichert werden vor einseitigen Einflüssen radikaler studentischer Minderheiten, vor restaurativem Besitzstandsdenken und vor dirigistischen Behörden.

Eine ständige Fort- und Weiterbildung muß in Zukunft stärker als bisher die Grundbildung in der Schule ergänzen und aktualisieren.

Im Rahmen des als neu gegründeten Staatlichen Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung will die CDU in besonderem Umfang die Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer fördern und ausbauen.

Die CDU will die Gleichheit und Gleichrangigkeit im Bildungswesen durchsetzen: Das bedeutet bei der Organisation des Schulwesens:

Die Mitwirkungsrechte und die Kooperationspflichten von Lehrern, Eltern und Schülern im Schulsystem müssen praktisch realisiert werden. Was beim Elternbeiratsgesetz, in den Richtlinien über die Schülermitverantwortung und in den Personal-

vertretungsgesetzen an Rechten und Einflußmöglichkeiten geregelt ist, muß sich in den nächsten Jahren praktisch bewähren. Als zentrale Institution des Ausgleichs und der Verbindung zwischen Lehrern, Schülern und Eltern muß der Schulausschuß die ständige Zusammenarbeit in der Schule praktizieren.

Der Verzicht auf ein staatliches Schulmonopol muß sich in der Gleichbehandlung von Schulen in staatlicher und freier (privater) Trägerschaft ausdrücken.

Neben den Schwerpunkten

Reform der beruflichen Bildung
Neubestimmung der Bildungsinhalte
Beseitigung des Lehrermangels

wird sich die CDU auf folgende Aufgaben konzentrieren:

Der Spielraum für die pädagogische Arbeit des Lehrers muß vergrößert werden durch den entlastenden Einsatz moderner Unterrichts- und Organisationsmittel, insbesondere auch durch Lehrprogramme, Medien (Fernsehen, Hörfunk) und Sprachlabore.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat sich entsprechend den gemeinsamen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz grundsätzlich für eine stufenbezogene Lehrerbildung ausgesprochen und wird ihre Verwirklichung unterstützen. Einen Lehrer für nur ein einziges Fach wird sie allerdings ablehnen.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten spricht sich die CDU Rheinland-Pfalz für die schrittweise Einführung der Fünftagewoche auch an den Schulen aus. Sie unterstützt den Beschluß der Landesregierung, die Fahrkosten für alle Vollzeitschüler zu übernehmen und auch die Lernmittelfreiheit stufenweise einzuführen.

Für die Erwachsenenbildung muß ein attraktives Angebot geschaffen werden. Dieses Angebot muß der höheren Bildungsbereitschaft und der größeren Bildungsbedürftigkeit des einzelnen entsprechen. Die CDU fordert die gesetzliche Fundierung der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz.

Die CDU Rheinland-Pfalz will nicht, daß der Staat in die Bereiche von Kunst, Literatur, Bibliotheken, Theater und Musik

reglementierend eingreift, sondern daß er fördernd hilft. Sie sieht z. B. in regelmäßigen, für das Land repräsentativen Kunstausstellungen ein Mittel zur künstlerischen und geistigen Auseinandersetzung.

Durch die Schaffung von Kulturzentren soll das Interesse und Verständnis besonders für die Gegenwartskunst gefördert werden.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht dafür ein, daß die in unserem Lande so zahlreichen geschichtlichen Denkmäler nicht nur erhalten, sondern für die Menschen zugänglich gemacht werden.

Die CDU unterstützt die Bestrebungen der Landesregierung, die Museen attraktiver zu machen. Besonders eine Aktion „Schule und Museen“ kann dazu beitragen.

Die CDU unterstützt mit Nachdruck die verstärkte Kooperation der Theater und Orchester unseres Landes.

Besserer Schutz für unsere Gesundheit

Ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse kann in Rheinland-Pfalz geleistet werden durch:

Beseitigung gesundheitsgefährdender Umwelteinflüsse,

Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsdienste,

Förderung des Willens zur Gesundheit.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird alles tun, um das Interesse der Allgemeinheit an gesunden Umweltbedingungen und medizinischer Versorgung gegen Einzelinteressen durchzusetzen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird in den nächsten Jahren alle Möglichkeiten ausschöpfen, die die von ihr gewollten Gesetze zum Umweltschutz bieten, um

den Lärm einzudämmen,
die Wasserverschmutzung zu verringern,
die Luftverunreinigung zu verhindern
sowie die Funktionsfähigkeit des Bodens
und der Gesamtlandschaft zu erhalten.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird im Landtag und in den Gemeinden die Verwirklichung des CDU-Plans für das Krankenhauswesen unterstützen.

Dieser Plan baut auf folgendem auf:

Von den in Rheinland-Pfalz notwendigen 28500 Akutkrankenhausbetten sind heute bereits 25100 vorhanden (7 Betten auf 1000 Einwohner).

64% aller Krankenhausbetten stehen in Dreibettzimmern.

In den nächsten Jahren wird das engmaschige Netz von Grund-, Zentral- und Schwerpunktkrankenhäusern in unserem Land entsprechend dem Krankenhausplan weiter ausgebaut.

Um moderne, in ärztlicher, pflegerischer und wirtschaftlicher Hinsicht leistungsfähige Krankenhäuser zu erreichen, ist die Zahl der Krankenhäuser von 1945 bis heute von 172 auf 119 reduziert worden. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Krankenhausbetten um 10300 erhöht. Ein weiterer Rückgang um rund 25% ist zu erwarten.

Um den Mangel an Pflegeberufen zu beheben, stehen in Rheinland-Pfalz rund 4500 Ausbildungsplätze für Krankenpflegeberufe bereit. Um auch verheirateten Krankenschwestern künftig die Ausübung ihres Berufes weiter zu ermöglichen, sollen an möglichst allen Krankenhäusern Kindertagesstätten angeschlossen werden, wie das schon bei rund zehn Krankenhäusern in unserem Land der Fall ist.

Dieser Plan soll folgende wesentliche Verbesserungen bringen:

Bis 1973 werden 71% aller Krankenhausbetten in Zimmern stehen, die mit nicht mehr als drei Betten ausgestattet sind.

Im Interesse des Patienten werden die Abteilungen des Krankenhauses überschaubarer gemacht.

Gesonderte Privatstationen fallen weg. Privatbetten werden in die Stationen eingefügt. Das wird in Rheinland-Pfalz beim Bau neuer Krankenhäuser bereits seit zehn Jahren verwirklicht.

Die CDU Rheinland-Pfalz bekräftigt noch einmal die Selbstverständlichkeit, daß sich die ärztliche und pflegerische Versorgung des Patienten ausschließlich an der Schwere seiner Erkrankung, nicht aber an seiner Zahlungsfähigkeit orientieren darf.

Zusätzliche Leistungen, die aus medizinischer Sicht nicht unbedingt erforderlich sind und gesondert vergütet werden müssen, sollen von allen Patienten – ohne Rücksicht auf bisherige Klasseneinteilung – in Anspruch genommen werden können.

Kein Bürger soll für allgemeine Regelleistungen nur deshalb mehr zahlen müssen, weil er privat für den Krankheitsfall versichert ist.

Eine klassenmäßig unterschiedliche Verpflegung hält die CDU Rheinland-Pfalz aus gesellschaftspolitischen Gründen nicht für vertretbar. Sowohl Privatpatienten als auch Allgemeinpatienten müssen hinsichtlich der Verpflegung die gleichen Wahlmöglichkeiten haben.

Alle im Krankenhaus Tätigen müssen funktionsgerecht aus- und fortgebildet werden, kooperativ zusammenarbeiten und leistungsgerecht bezahlt werden.

Die ärztliche Versorgung aller Bürger in Stadt und Land muß gleichermaßen gesichert werden. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß vermehrt Praxisgemeinschaften gebildet, Umsatzgarantien für Landärzte gewährt und die Approbation und Arbeiterlaubnis für ausländische Ärzte in ländlichen Räumen erleichtert werden.

In dem breiten Katalog der Vorsorgemaßnahmen hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und kostenlose Krebsvorsorgeuntersuchungen für Männer über 45 Jahre eingeführt.

Die CDU wird wissenschaftliche Forschungen weiter fördern, die dazu dienen, die Ursachen von Krankheiten besser zu erkennen.

Das tägliche Leben wird durch Einrichtungen und Dienste entlastet und bereichert

Mit allgemein steigenden Lebensansprüchen wachsen auch die Ansprüche an Einrichtungen und Dienste, die unser Leben entlasten und bereichern können. In den nächsten Jahren kommt es darauf an,

den Kindern und Jugendlichen ihren eigenen Lebensraum zu schaffen;

mehr Sport- und Freizeiteinrichtungen zu bauen;

das öffentliche Verkehrsangebot auszuweiten;

überall zuverlässige Hilfe zu organisieren;

unsere Umwelt zu gestalten;

die öffentliche Sicherheit zu erhöhen.

Damit will die CDU dazu beitragen, überall im Lande gleich gute Lebensbedingungen zu schaffen und allen Bürgern eine anspruchsvollere persönliche Lebensgestaltung zu erleichtern.

Die Familien müssen in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt werden:

durch die zügige Verwirklichung des Kindergarten-gesetzes, das die Voraussetzungen für den Abbau von sozialen Benachteiligungen schafft und gleiche Startchancen für alle Kinder sicherstellen will;

durch mehr Raum für das ungefährdete freie Spiel der Kinder in unseren Städten und Dörfern;

durch Beratung in Erziehungs- und Bildungsfragen.

Die Jugend braucht mehr moderne Freizeit- und Jugend-zentren, in denen für eigene Mitwirkung und Gestaltung Platz ist.

Für zuverlässige Hilfe wird die CDU die von ihr entwickelten Sozialstationen überall im Land einrichten.

Die Sozialstation faßt verschiedene soziale Hilfs-dienste zusammen und setzt die Kräfte zentral zur ambulanten Kranken-, Alters-, Haus- und Familien-pflege ein.

Sie kann ferner vielfältige Beratungsaufgaben mit übernehmen.

Der öffentliche Verkehr muß leistungsfähiger werden.

Ein leistungsfähiger Verkehr entlastet die Straßen und mindert dadurch die Gefährdung der Verkehrs-teilnehmer durch den Individualverkehr.

Er kürzt Zeit und Kosten, die der Bürger aufwenden muß, um in Stadt und Land das Angebot an Arbeitsplätzen, kulturellen und sozialen Einrichtungen zu nutzen.

Deshalb betreibt die CDU die Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Ballungsräumen und die Sicherung des Personenverkehrs in der Fläche.

Sport- und Freizeiteinrichtungen nutzen zu können gehört heute zur anspruchsvolleren persönlichen Lebensgestaltung. Deshalb müssen sie überall vorhanden und für jeden zugänglich sein.

Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt den Sport-, Spiel- und Freizeitplan der Landesregierung. Sie hat ihr Konzept für den Sport in einem umfassenden Programm dargestellt.

Anspruchsvollere persönliche Lebensgestaltung wird zunehmend abhängig von der Sicherheit und Fortentwicklung unserer Umwelt. Die CDU bejaht wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt, setzt sich aber zum Ziel, die Normen und Regeln der Leistungsgesellschaft und die Auswirkungen der Technik zu kontrollieren und menschenwürdig zu gestalten.

Zur Sicherung des Alltags wird die CDU alle Maßnahmen unterstützen, die die technische Sicherheit von Geräten, die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Verkehrssicherheit verbessern.

Sicherheit im Alltag bedeutet aber auch mehr öffentliche Sicherheit, d. h. Schutz des Bürgers vor Kriminalität.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird deshalb die Polizei, insbesondere die Kriminalpolizei, personell und technisch so ausstatten, daß sie den Schutz des Bürgers wirksam garantieren kann.

Eine weitere entscheidende Aufgabe heißt:

Die Lage einzelner Gruppen neu ordnen

Um die soziale Stellung der Arbeiter, der Frauen und der alten Menschen grundlegend weiterzuentwickeln – mit dem Ziel größerer Selbständigkeit und gesicherter Unabhängigkeit in Beruf, Gesellschaft und Staat –, wird die CDU Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren folgende Probleme mit Vorrang anpacken:

Mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit für den Arbeitnehmer

durch eine Reform der beruflichen Bildung,

die berufliches Können und allgemeine Bildung zur Quelle persönlicher Selbstbestätigung und zur Grundlage für sozialen Aufstieg macht;

durch Sicherung des Interesses der Arbeitnehmer in der Welt der Arbeit. Dazu gehören der Arbeitsschutz und die Ausgestaltung der Rechte der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt sowie die Einrichtung von Arbeitskammern.

Mehr Selbständigkeit und gesicherte Unabhängigkeit für die Frau

Leitbild der Familienpolitik der CDU ist die partnerschaftliche Familie. Sie fördert die Persönlichkeitsentfaltung ihrer Mitglieder und hilft ihnen bei der gesellschaftlichen Eingliederung; sie trägt so zur Stabilisierung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bei.

Die Frau muß in Bildung, Berufsausbildung, Fortbildung, Berufsausübung und Freizeitgestaltung grundsätzlich dieselben

Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten haben wie der Mann. Das sind die entscheidenden Voraussetzungen für eine größere Selbständigkeit der Frau. Die CDU betont, daß sie, in Erziehung und Gewissensbildung der Kinder eine unersetzbare Aufgabe der Frau sieht. Es darf jedoch nicht so sein, daß die Frau durch diese Aufgabe von der Gesellschaft isoliert und in ihrem beruflichen Können nivelliert wird. Denn das würde ihre Persönlichkeit und Erziehungsaufgabe schwer beeinträchtigen.

Deshalb muß sie als Hausfrau und Mutter entlastet und sozial gesichert werden; als Berufstätige muß sie die gleichen beruflichen und sozialen Chancen finden wie der Mann.

Die Sozialstationen fördern deshalb vor allem die Entlastung der Frauen von vielfältigen Belastungen.

Die soziale Sicherung der Frau ist neu zu gestalten – mit dem Ziel, ihre Unabhängigkeit zu erweitern.

Mehr Selbständigkeit und gesicherte Unabhängigkeit für den alten Menschen

Der Altenplan der Landesregierung setzt neue Akzente in der Altenpolitik, die von der CDU Rheinland-Pfalz politisch unterstützt wird.

Die CDU Rheinland-Pfalz versteht Altenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die Bedeutung des Alters als dritte selbständige Lebensphase ergibt sich aus der Tatsache, daß die Chance zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Leben in der modernen Gesellschaft im Alter besonders groß ist. Allerdings sind auch gerade dann Selbständigkeit und Unabhängigkeit vielfach gefährdet. Die CDU Rheinland-Pfalz will deshalb diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit fördern, indem sie

ein zutreffendes Bild vom alten Menschen prägt,
materielle Entlastung schafft,
bei gesundheitlicher Beeinträchtigung hilft,

bei der Überwindung der sozialen Isolierung hilft,
Sozialstationen ausbaut,
Altersheime und Altenpflegeheime baut.

Der Altenplan der Landesregierung zeigt die konkreten Schritte dazu auf.

Alle sollen die Chance für soziale Entfaltung haben und am sozialen Leben teilnehmen können

Die soziale Solidarität verpflichtet uns alle, den Behinderten zu helfen.

Deshalb fordert die CDU Rheinland-Pfalz optimale Eingliederung aller Behinderten in Beruf und Gesellschaft durch

medizinische und berufliche Rehabilitation,

Ausbau der nachgehenden Fürsorge in Form der offenen Hilfen, insbesondere bei psychisch Kranken und Suchtgefährdeten.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat auf Landesebene einen Koordinationsausschuß vorgeschlagen, in dem ausländische Arbeitnehmer selbst vertreten sind und der Vorschläge und Pläne zur Verbesserung machen soll:

für Wohnverhältnisse,
für Bildungseinrichtungen,
für soziale Integration.

Das ist unser wichtigstes wirtschaftliches Ziel:

Die allgemeine Wirtschaftskraft des Landes muß weiter gestärkt werden

Der Lebensstandard jedes einzelnen und die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen hängen vom wirtschaftlichen Wachstum ab. Ein nachhaltiger Erfolg der sektoralen und regionalen wirtschaftlichen Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz ist jedoch ganz wesentlich von der Konjunktur und dem wirtschaftlichen Wachstum in der gesamten Bundesrepublik und in Europa mitbestimmt.

Deshalb fordert die CDU Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftspolitik der Stabilität, des Wachstums und der Vollbeschäftigung für die gesamte Bundesrepublik.

In Rheinland-Pfalz kommt es in den nächsten Jahren darauf an, die überregionale wirtschaftliche Infrastruktur weiterzuentwickeln,

die Erwerbstätigkeit, vor allem in strukturschwachen Räumen, zu erhöhen,

die Produktivität der Wirtschaft zu stärken.

Höhere Leistungen werden von allen an der Wirtschaft Beteiligten nur dann erbracht, wenn alle auch am Erfolg der gemeinsamen Arbeit gerecht beteiligt sind.

Unser Land braucht eine leistungsfähige überregionale wirtschaftliche Infrastruktur.

Die CDU wird sich – wie in der Vergangenheit – dafür einsetzen, das Verkehrsnetz unseres Landes weiter auszubauen – zur Erschließung aller Regionen in Rheinland-Pfalz und zur Verbindung der wirtschaftlichen Schwerpunkträume in Europa. Sie ist der Überzeugung, daß dies eine der entscheidendsten Voraussetzungen dafür ist, daß unser Land aus seiner Grenzlage in europäische Zentrallage aufrückt. Deshalb muß die

CDU sich auch in den kommenden Jahren mit unseren Nachbarn in der Bundesrepublik und im Ausland umfassend abstimmen.

Das verlangt im einzelnen:

der Ausbauplan für die europäisch konzipierten Autobahnen und Bundesstraßen muß verwirklicht und die Entwicklung unseres Landesstraßennetzes darauf abgestimmt werden;

die Städte müssen durch Umgehungsstraßen entlastet werden;

die Leistungsfähigkeit der Bundesbahn muß erhöht werden: weitere Strecken sind zu elektrifizieren. Neue Strecken der Bundesbahn müssen geplant und moderne und auch neue Güterumschlagplätze geschaffen werden;

der regionale Verkehr muß an das überregionale Verkehrsnetz angeschlossen werden.

Mit dem Bau des Saar-Pfalz-Rhein-Kanals muß bald begonnen werden.

Wasserstraßen und Häfen müssen ausgebaut werden.

Das Netz von Luftlandeplätzen muß ergänzt werden.

Eine wachsende Wirtschaft braucht preisgünstige Energie

Der Bau von Kernkraftwerken wird die Versorgung mit preisgünstiger elektrischer Energie sichern.

Der Ausbau des Ferngasnetzes wird alle Teile des Landes mit Erdgas versorgen.

So wird die Erwerbstätigkeit gesteigert werden:

durch Ansiedlung von neuen Betrieben an Standorten, die strukturpolitisch dafür besonders geeignet sind;

durch Erweiterung von bestehenden gewerblichen Produktionsbetrieben;

durch Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Fremdenverkehrsgebieten des Landes.

Dazu ist erforderlich:

daß die Grundausrüstung mit öffentlichen Einrichtungen des Fremdenverkehrs verbessert wird (z. B. durch beheizte Freibäder, Hallenbäder, Stauseen, Wanderwege);

daß das Fremdenverkehrsgewerbe bei der Modernisierung und Erweiterung seiner Betriebe weiter unterstützt wird;

daß die staatlichen und kommunalen Bäder des Landes als Schwerpunkte des Fremdenverkehrs modernisiert werden;

daß durch Werbung für das Reise-, Bäder- und Weinland Rheinland-Pfalz im In- und Ausland mehr Gäste zu uns kommen.

So wird die Produktivität der Wirtschaft gestärkt werden:

durch Förderung des technischen Fortschritts,

durch verbesserte Entscheidungshilfen für die Unternehmen,

durch größere Anpassungsfähigkeit der Betriebe an Wandlungen der Technik und der Nachfrage; vor allem beim Mittelstand und beim Handwerk.

So wird die Landwirtschaft leistungsfähiger werden:

Kernaufgabe der CDU-Agrarpolitik ist es, die in der Landwirtschaft und im Weinbau verbleibenden Menschen beim Ausbau und bei der Sicherung ihrer Existenzgrundlage wirkungsvoll zu unterstützen. Zur Realisierung dieser Aufgabe setzt sich die CDU dafür ein:

die Förderungsmaßnahmen der einzelbetrieblichen und überbetrieblichen Anpassung beträchtlich zu verstärken;

die Nebenerwerbslandwirte, die den Beruf gewechselt haben, durch Maßnahmen der Betriebsvereinfachung – wie Teilnahme an Maschinenringen – zu unterstützen, damit sie die Landwirtschaft ohne Arbeitsüberlastung nebenberuflich fortsetzen können;

durch Auf- und Ausbau moderner leistungsfähiger Vermarktungseinrichtungen die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt zu sichern;

den Inhabern von Übergangsbetrieben durch begrenzte Investitionsförderung zu ermöglichen, bis zur Erreichung der Altersrente Landwirt zu bleiben;

die Höhe der Altersrente und die Versorgung im Krankheitsfall entscheidend zu verbessern.

Die Maßnahmen der Agrarstruktur- und Marktstrukturpolitik haben langfristig nur dann Erfolg, wenn eine aktive Preispolitik betrieben wird.

Unsere Zukunft ist Europa!

Deshalb:

Öffnung zum europäischen Raum

Die Entwicklung dieses Landes ist aufs engste mit der Zukunft Europas verknüpft. Deshalb wird die CDU Rheinland-Pfalz die Politik der europäischen Integration, die von Adenauer grundgelegt wurde, vorantreiben und helfen, Hindernisse zur Kooperation über die Grenzen hinweg zu beseitigen.

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, eine überregionale Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, damit unser Land aus seiner Grenzlage in eine europäische Zentrallage aufrückt, wofür seine geographische Situation beste Chancen bietet.

Diesem Ziel dienen:

die Kooperation in der Planung der überregionalen Infrastruktur und der Raumordnung;

der kulturelle Austausch;

die Intensivierung der Partnerschaft zwischen Burgund, Rheinland-Pfalz, dem Elsaß, Lothringen sowie der Ausbau der Verbindungen zu Luxemburg und Belgien.

Im Jugendaustausch mit mehreren europäischen Ländern und durch die Landespartnerschaft mit Kroatien wird der europäische Nachbarschaftsgedanke erweitert.

Herausgeber: CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz
Druck: Schwann Düsseldorf